



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Patrick Schäfli, Landrat FDP: Einführung eines "parlamentarischen Verordnungs-Referendums" für den Landrat des Kantons Basel-landschaft

Autor/in: [Patrick Schäfli](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 19. Mai 2011

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Der Regierungsrat kann vieles über Verordnungen regeln oder auch Verordnungen stillschweigend abändern. Oft werden diese durch einzelne Verwaltungsabteilungen erarbeitet, ohne dass man sich der Tragweite bewusst ist. Und immer wieder ist auch festzustellen, dass Verordnungen zu neuen Gesetzen den eigentlichen Sinn des Gesetzes und den Willen des Parlamentes unterlaufen bzw. weit darüber hinaus schießen. Die Betroffenen haben jedoch keine Möglichkeit, entsprechend Einfluss zu nehmen, nicht einmal durch die gewählten Volksvertreter im Landrat.

Nun kennt z. B. der Kanton Solothurn als Instrument der Legislativmitglieder ein Verordnungsveto (bzw. Verordnungs-Referendum), welches wie folgt lautet:

17 Mitglieder des Kantonsrats SO können innert 60 Tagen gegen eine vom Regierungsrat beschlossene Verordnung oder Verordnungsänderung Einspruch einlegen. Wird der Einspruch durch die Mehrheit der anwesenden Kantonsräte bestätigt, so ist die Vorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen.

Der solothurnische Kantonsrat hat mit dem Verordnungsveto sehr gute Erfahrungen gemacht.

Es ist daher notwendig, dass auch das Baselbiet dieses Instrument einführt. Dafür muss der Kanton Basel-Landschaft u.a. das Landratsgesetz (D. Geschäfte; I. Parlamentarische Vorstösse), die entsprechenden Verordnungen und allenfalls weitere Gesetze anpassen.

Der Text könnte sinngemäss wie folgt lauten:

20 Mitglieder des Landrates können innert 60 Tagen gegen eine vom Regierungsrat beschlossene Verordnung oder Verordnungsänderung Einspruch einlegen. Wird der Einspruch durch die Mehrheit der anwesenden Landräte bestätigt, so ist die Verordnungsvorlage an den Regierungsrat zurückgewiesen.

Der Unterzeichnende beauftragt den Regierungsrat, die erforderlichen Gesetze und Verordnungen so anzupassen, dass ein "parlamentarisches VerordnungsReferendum" im ähnlichen Sinne realisiert wird, wie es der Kanton Solothurn kennt.